



LUPE

Zeitung
für Jugendliche



BETRIFFT ERZIEHUNG

Nr. 1/1977

Januar/
Februar/
März

- Kooperative Schule
- Berufsausbildung
- Lehrerarbeitslosigkeit



BETRIFFT FAZIEHUNG

Editorial

Lieber Leser,

nun ist sie da, die erste LUPE im zweiten Jahrgang.

Wie im letzten Jahr, hoffen wir auch diesmal wieder, unseren Lesern aktuelle Informationen zu Problemen unserer Tage bieten zu können.

Wir werden uns in

diesem Jahr verstärkt um pünktliches Erscheinen (zu Beginn eines jeden Quartals) bemühen. Wir wissen, im ersten Jahr hat's damit nicht immer so geklappt.

Unsere Hoffnungen für das Jahr 1977 gehen dahin, daß die LUPE von ihren Lesern als Forum

für einen breiten Meinungsaustausch genutzt wird.

Auch kritische Anmerkungen nehmen wir gerne entgegen.

So, und nun viel Spaß bei unserer Nummer 1 des Jahres 1977!

Die Redaktion

Inhalt

Bildungspolitik

Der Kampf um die kooperative Schule 4

Jugendliche

Politmüdigkeit macht sich breit 9

Junge Union

Über die Art der Auseinandersetzung mit den Jungsozialisten 10

Radikalenerlaß

Über die konsequente Anwendung des Radikalenerlasses 11

Lehrerarbeitslosigkeit

Die Folgen einer Fehlplanung 15

Reihe

Die berufliche Erstausbildung 7

Rubriken

Euer Wylly: Über das Jugendzentrum im Rumbecker Holz 10

Nachrichten 18

Witz und Satire 12

Impressum 8

Hinweis

Werbeanzeigen entsprechen nicht der Meinung der Redaktion. Sie dienen nur der Finanzierung unserer Zeitung.

Die Redaktion

Jungdemokraten: ‚Ja‘ zur kooperativen Schule!

Ja, lieber Leser, wir sind für die kooperative Schule, weil wir meinen, daß sie mehr Chancengleichheit für den Schüler bedeutet.

Der Wegfall der starren Schultypen durch deren Zusammenfassung unter einem Dach führt zu einer Flexibilität, die es dem Schüler ermöglicht, ganz individuell, seinen Leistungen in den einzelnen Fächern entsprechend in den drei Schultypen (Haupt-, Realschule und Gymnasium) übergreifen unterrichtet zu werden.

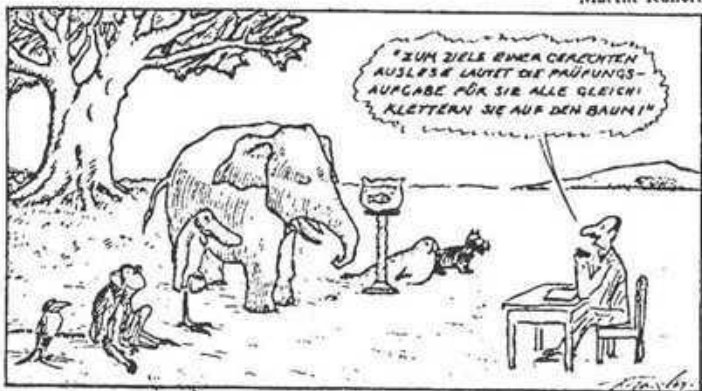
Ein weiterer Vorteil der kooperativen Schule ist der, daß die Eltern sich nicht mehr, nachdem ihre Kinder die Grundschule absolviert haben, entscheiden müssen, welche Schule für ihr Kind die angemessene ist. Bei dieser Entscheidung spielte bisher auch oftmals nicht allein der Vorteil des Kindes, eine Rolle, sondern der Leitgedanke der Eltern, daß das Kind seine Ausbildung so früh wie möglich abzuschließen hat, um Geld zu verdienen, das bedeutet der Zugang zu einer weiterführenden Schule wird aus finanziellen Gründen verhindert.

Es gibt natürlich auch den umgekehrten Fall.

Haben die Eltern eine gewisse soziale Stellung oder meinen sie, eine solche zu haben, muß das Kind, begabt oder nicht, das Gymnasium besuchen, obwohl dies für es, ist es nicht so lernfreudig oder anpassungsfähig, eine psychische und auch physische Qual bedeuten kann.

seiner Meinung nach nur ein konservatives, an althergebrachten Strukturen festhaltendes Prestigedenken sein. Wir müssen den Versuch für ein Mehr an Chancengleichheit wagen. Darum: Einführung der kooperativen Schule in Nordrhein-Westfalen!

Martin Kunert



betrifft: erziehung 11/75

Die sich mittlerweile in Kreisen der CDU und Teilen der Lehrerschaft breitmachende und in dem Aus- und Aufruf "Das Gymnasium muß bleiben manifestierende Kritik an der kooperativen Schule kann un-

Die GEW begrüßt Kooperative Schule als weiteren Zwischenschritt zur Gesamtschule

Die GEW hat in einer Stellungnahme zum Gesetzentwurf der SPD und FDP zur Kooperativen Schule und zur Orientierungsstufe darauf hingewiesen, daß dieser ein weiterer Zwischenschritt auf dem Weg zur Einführung der Gesamtschule sein könne. Unabdingbare Voraussetzung ist nach Auffassung der GEW jedoch, daß die Kooperative Schule alle drei Schulformen unter Einfluß des Gymnasiums umfaßt. Auf dieser Grundlage sei der Gesetzentwurf der Koalitionstraktionen als Initiative zur Überwindung des an der gesellschaftlichen Realität des 19. Jahrhunderts orientierten dreigliedrigen Schulsystems zu begrüßen.

Mit der geplanten Einführung der Orientierungsstufe in der Kooperativen Schule werde einer alten Forderung der GEW entsprochen: die Entscheidung über den weiteren Bildungsweg des Schülers und damit seine späteren Berufschancen nicht mehr bereits nach dem 4. Schuljahr zu treffen. Der verfrühte Ausleseprozeß für eine privilegierte Bildung, der sich nur durch Einführung der Gesamtschule als Regelschule vermeiden lasse, solle dadurch wenigstens um 2 Jahre auf das Ende der sechsten Klasse verschoben werden.

Me

Aus „Neue Deutsche Schule“, 12/76

das Thema Null
Lebensplänen + Zeitplänen. Mit weniger Aufwand mehr erreichen. Das lernen Sie mit dieser sinnvollen Arbeitstechnik. Kostenlose Einführung vom Brede Verlag, Warte, 3501 Habichtswald 2

320 Spielfilme, die besten Filme der Welt! in 16 mm - für das Kino zum Selbermachen

atlas film+av

Düsseldorfer Str. 5
41 Duisburg 1

Katalog anfordern!

Schneider topball

Schreibt wie ein Kugelschreiber

Aber mit Tinte

Der neue Kugelfüller

Wir helfen Behinderten: Helfen Sie uns helfen!

Weihnachtskarten & Geschenkkalender 1976

Verkauf zu Gunsten der Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte e.V.

An BAG - 4 Düsseldorf, Kappellenstr. 149 Bitte senden Sie mir Katalog 1976 und unverbindlich Ihren Katalog zu

Name: _____
Ort: _____
Straße: _____



Schlechte Noten ?

Klett Training hilft!

Training Latein

Schüler, die dieses Training durchgearbeitet haben, sind allen Anforderungen im Lateinunterricht gewachsen.

124 Seiten, kart. DM 11,80



Training Rationeller lernen und arbeiten

Schüler der Sekundarstufe II erfahren hier, wie sie ihre Arbeitsleistung verbessern, wie sie durch Training und geeignete Techniken Lern- und Konzentrationsstörungen mildern und beheben können.

142 Seiten, kart. DM 11,80

Weitere Bände:

(Für den Übergang in weiterführende Schulen)

Training Aufsatz

Training Mathematik

Training Grammatik



Coupon ausschneiden und einsenden an:
ERNST KLETT VERLAG · Postfach 809
7000 Stuttgart 1 · Werbeabteilung

Ich möchte mehr über Klett Training wissen

Name _____

Straße _____

Ort _____

Ab 1.6.76

Neues von der Bahn: Tickets für die Hälfte. Mit dem Junior-Paß für 98 Mark.

Warum denn zuhause bleiben, wenn die Ferne liegt so nah?



Wer mindestens 12 aber noch nicht 23 ist und sich für 98 Mark den Junior-Paß der Bahn besorgt, der bekommt ein Jahr lang seine Tickets für die Hälfte.

Man zeigt den Junior-Paß einfach vor, wenn man sich die Tickets holt - und schon zahlt man nur noch die Hälfte des Preises einer Fahrkarte für einfache Fahrt.

für Hin- und Rückfahrt oder für die Vorzugskarte. Noch günstiger kann es werden, wenn man in einer Mini-Gruppe reist oder an einer Gesellschaftsfahrt teilnimmt.

Am meisten spart man allerdings, wenn man sich den Junior-Paß schenken läßt. Informationen bei Fahrkartenausgaben, DER-Reisebüros und anderen DB-Verkaufsagenturen.

Der Junior-Paß für Halbe-Preise-Tickets. 98 Mark.



Die berufliche Erstausbildung - Probleme und Wege ihrer Lösung

Eine Reihe von Hans-Peter Schulte

I. Teil

In den bisherigen Ausgaben unserer LUPE haben wir uns mit den Problemen der Schüler und Studenten beschäftigt. Diese Reihe wollen wir dem dritten großen Block

in der Bildungspolitik, der Berufsausbildung, widmen. Mit diesem ersten Teil wollen wir mit der Einführung in die Problematik der Berufsausbildung beginnen.

Im Rahmen dieses Berichts soll die berufliche Erstausbildung als die Ausbildung der Jugendlichen gesehen werden, die nach Abschluß der Hauptschule (9. Schuljahr), Hauptschule (10. Schuljahr) oder Realschule (mittlerer Bildungsabschluß) erfolgt.

Im Mittelpunkt dieser Abhandlung stehen solche beruflichen Erstausbildungen, die mit einer Gesellenprüfung oder Kaufmannsgehilfenprüfung abschließen. Das Problem bzw. die Bedeutung der beruflichen Erstausbildung wird schon durch die Anzahl der in der beruflichen Erstausbildung stehenden Auszubildenden (früher Lehrlinge) deutlich.

In den Jahren 1972/73 waren es ca. 1,3 Millionen. Davon werden ca. 22% in der Industrie (Anzahl der Beschäftigten 45%), im Gewerbe- und Dienstleistungsbereich etwa 30% (Beschäftigte 36%) und im Handwerk ca. 48% (Beschäftigte 19%), innerhalb der beruflichen Erstausbildung ausgebildet.

Kann der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzesentwurf,

welcher mittlerweile vom Bundestag verabschiedet ist (9. 4., gegen die Stimmen der Opposition und massiven Protesten der Arbeitgeberverbände), die berufliche Erstausbildung verbessern und ebenso die Anforderungen an eine verbesserte Ausbildung realisieren helfen?

Bei dieser Frage muß beachtet werden, daß bei steigendem Bedarf an Ausbildungsplätzen (1980 Maximum mit ca. 540.000 für das erste Ausbildungsjahr) und einer steigenden Zahl von Auszubildenden (1.-3. Ausbildungsjahr 1981/82 Maximum mit ca. 1,6 Mil.), eine Mitarbeit der Arbeitgeber zur Ausbildungsplatzsicherung nötig ist.

Ist dieses aber mit einem Gesetz möglich, welches in seiner jetzigen Form von den Arbeitgebern bzw. ihren Verbänden abgelehnt wird?

Interessenverbände

Die Arbeitgeber und die Auszubildenden sind die beiden Gruppen der Gesellschaft, welche von der beruflichen Erst-

ausbildung direkt berührt werden. Es liegt auf der Hand, daß diese Gruppen, vertreten durch ihre Organisationen (Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften), bestimmte Schwerpunkte verwirklicht sehen wollen.

Hinzu kommt noch, daß der Staat als Vertreter der Allgemeinheit gewisse Interessen wahrnehmen und andererseits Bestimmungen oder Gesetze erlassen muß, die eine einheitliche Handhabung der Ausbildung/Bildung, hier der beruflichen Erstausbildung, gewährleisten.

Gewerkschaften und Auszubildende

Berg stellt fest, "daß die berufliche Erstausbildung überhaupt ein Zentralproblem der Jugendlichen darstellt, daß vor allen anderen Lebensfragen den Vorrang hat."*) Letztlich haben ja auch die Auszubildenden selbst den größten Nutzen von einer

*Berg, Die berufstätige Jugend - Untersuchungen mit dem Problemfragebogen für männliche Jugendliche, Hannover 1969, S. 105

qualifizierten beruflichen Erstausbildung:

- höhere Löhne,
- meist attraktivere Tätigkeit,
- höheres soziales Ansehen,
- die Gefahr der Arbeitslosigkeit ist geringer, als bei einem ungelerten Arbeiter.

Ebenso kann aber auch ein Interesse an einer Allgemeinbildung innerhalb der beruflichen Erstausbildung nicht verkannt werden. Winterhager: "Eine gute Ausbildung ist im Übrigen für den einzelnen nicht nur ökonomisch nützlich, sie hilft ihm, sein Leben besser zu gestalten und seine Welt mehr zu verstehen. Dieses gilt für jede Ausbildung, auch für die berufliche."*)

In der Verbesserung der Berufsausbildung sehen die Gewerkschaften eine unerläßliche Voraussetzung für die Weiterentwicklung unserer Wirtschaft und Gesellschaft.

Will man die Interessen der Gewerkschaften feststellen, so muß man zuerst einmal deren Forderungen an die berufliche Erstausbildung sehen. Das Interesse an einer Qualifizierung der Auszubildenden innerhalb der beruflichen Erstausbildung wird immer wieder betont.

Die Gewerkschaften verstehen aber eine Qualifizierung inner-

halb der beruflichen Erstausbildung nicht nur als Vermittlung ökonomisch verwertbaren Sachwissens, sondern auch in einer Vermittlung von Allgemeinwissen in der Berufsbildung. Hierdurch wird eine Demokratisierung in allen Lebensbereichen begünstigt, also auch im Betrieb, was das Interesse der Gewerkschaft an einer

- funktionsfähigen Mitbestimmung

angelt, denn ein auch allgemeingebildeter Arbeitnehmer ist hierzu wohl eher in der Lage.

Außerdem erhofft sich die Gewerkschaft von solch einer beruflichen Erstausbildung die Einsicht der Auszubildenden in gesellschaftliche Interessenkonflikte, welche eine

- verstärkte Solidarität

zur Folge hätte. Außerdem sehen die Gewerkschaften durch eine gute Berufsausbildung die Möglichkeit einer

- einer geringeren Abhängigkeit der Arbeitnehmer und
- größere Chancengleichheit der Auszubildenden

zu erreichen.

Diese Interessen der Gewerkschaften werden von ihnen nicht ausdrücklich genannt, sind aber verständlich, denn durch die Verwirklichung dieser Interessen wird ihre Macht und ihr Einfluß vergrößert, und das ist ja wohl in der Regel mit ein Ziel jeder Organisation.

Fortsetzung im nächsten Heft

LUPE Zeitung für Jugendliche

Herausgeber:
Libérale Schüleraktion der Deutschen Jungdemokraten, Kreisverband Hochsauerland

CHEFREDAKTEUR
Jürgen Klein
7, 5760 Arnsberg 1

STELLV. des CHEFREDAKTEURS
Martin Kunert

REDAKTEURE
Thomas Jarck, Horst Kloppsteck,
Meinolf Loewe, Karsten Meinhardt,
Hans-Peter Schulte

LUPE erscheint vierteljährlich, kostenlos

Copyright für den gesamten Inhalt, soweit nicht anders vermerkt, by LUPE-Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Druck: Budich-Druck, Bünde

Auflage: 2.000

*Winterhager, Lehrlinge — die vergessene Majorität, Weinheim 1970, S. 63

Jugendliche: Politik, ade?

FÜHRT FEHLENDE GLAUBWÜRDIGKEIT DER POLITIKER ZU POLITISCHER ABSTINENZ?

Seit einiger Zeit ist eine erschreckende Inaktivität der Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland zu beobachten. Bei der Suche nach der Ursache kommt man an drei wesentlichen Punkten sicherlich nicht vorbei.

Erstens: Der Numerus Clausus übt auf Schüler einen enormen Leistungsdruck aus, der viele aus Zeitgründen zu politischer Enthaltsamkeit zwingt.

Zweitens: Der "Extremistenbeschuß" - meist Radikalerlaß genannt - veranlaßt Jugendliche, die in den öffentlichen Dienst wollen, vorsichtig zu sein und sich politischer

Auf den letzten Aspekt soll im folgenden etwas näher eingegangen werden. Gerade in der Zeit nach der Bundestagswahl 1976 ist eine Vertrauenskrise in der Bevölkerung und insbesondere unter Jugendlichen deutlich geworden.

Wem kann man vertrauen, wessen Wort gilt etwas?

- Schmidt?
- Kohl?
- Genscher?
- Strauß?



Sag mir, Helmut, wer hat denn diese Sauerei da hingeschmiert?*

ausgabe ihrer Schülerzeitung "Schwarz" daraus den Schluß zieht, "die Politik der Unionsparteien für eine offene, ehrliche Politik gegen Augenwischerei und Wahlbetrug zu unterstützen", muß nach den Ereignissen von Kreutz und danach in den Unionsparteien betriebsblind sein.

Beide Seiten, Regierung und Opposition, haben den Wähler - trotz Männer hier und da (erinnert sei an die von Genscher demonstrierten Äußerungen von Graf Lambsdorff und Mischnick im Wahlkampf zur Rentenfrage) - etwas vorgegaskelt.

Es ist die Aufgabe der Mitglieder aller Parteien und Jugendorganisationen, die Politiker zu einer ehrlichen Politik zu zwingen. Wer den Schluß zieht, es lohne sich nicht, sich für unsere Demokratie zu engagieren, sei an die



Ich versichere Ihnen: Ihre Altersversorgung ist sicher. Die Renten werden weiterhin dynamisch mit der Wirtschaftsentwicklung steigen.



Sagen Sie Ihren Alters Mitbürgern: auf Sozialdemokraten ist Verlaß. Vor allem dann, wo es um die soziale Sicherheit und um das soziale Frieden geht.

Helmut Schmidt
Bundeskanzler

Meinungäußerung zu enthalten.

Drittens: Ein ganz wesentlicher Gesichtspunkt scheint aber auch die mangelnde Attraktivität der Parteien und ihrer Führung zu sein.

Sagt - eine Riesenschweinerei.

Wer allerdings wie die JU in der Januar-

Weimarer Republik erinnert, die auch an mangelnder Identifizierung der Bürger mit ihrem Staat zu Grunde gegangen ist.

Ein Hoffnungsfunkel sollte für uns bei all den Lügen der Spitzenpolitiker bleiben:

Die Kontrolle der Regierung, auch durch die Parlamentarier der Regierungsparteien, hat funktioniert.

Horst Kloppsteck

Von Sozialisten, Hummercocktails und Schwarzen

Unter der Rubrik "Witz und Notiz" findet sich in der "Schwarz" 1/77 (Schülerzeitung der Jungen Union, Arnberg, Neheim-Hüsten) ein Bericht über die Essgewohnheiten von Heidemarie Wieczorek-Zeul.

"Die Juso-Chefin Wieczorek-Zeul (34)", heißt es da, "hatte gerade in Bonn vor der Presse gefordert, die SPD müsse mehr Sozialismus wagen, da ging sie ins Bonner Nobel-Restaurant 'Ambassador-Club'". Es folgt eine detaillierte Aufstellung des von ihr dort verzehrten Menüs - von Hummercocktail für 25 DM und anderen exquisiten Dingen ist da die Rede.

Da fragt sich der Betrachter, was interessiert die Junge Union? Oder stehen die Essgewohnheiten von Frau Wieczorek-Zeul gar im Gegensatz zum Programm der Jungsozialisten?

Soweit bekannt, gibt es keinen Beschluß der Jungsozialisten, der den Verzehr von Hummercocktail, Pfeffer-

steaks und französischem Rotwein verbieten will. Und mit dem von den Jusos angepeilten Maximalverdienst von 5.000 DM monatlich läßt sich solch ein Menü sicherlich auch hin und wieder finanzieren.

Bleibt eins: Es ist halt leichter, in die Intimsphäre politischer Gegner einzudringen,

Jugendzentrum

Am 26. Januar 1977 fand im Rathaus der Stadt Arnberg das Jugendhearing über das im Bau befindliche Jugendzentrum Rumbecker Holz statt. Das Hearing endete damit, daß die Jugendlichen nicht viel besser informiert nach Hause gingen, als sie es zuvor ohnehin schon waren.

Als Anwesender mußte man den Eindruck gewinnen, daß eine unzureichend vorbereitete Stadtverwaltung versuchte, in zu kurzer Zeit zu viele Informationen zu geben. Der Vortrag über die ge-

als sich politisch-sachlich mit ihnen auseinanderzusetzen.

P. S.: Hoffentlich kommen die Jusos nicht im Gegenzug auf die Idee, zu untersuchen, ob Helmut Kohl auch seine christlichen Pflichten nicht vernachlässigt.

Horst Kloppsteck

samen baulichen Maßnahmen und besonders die Ausführungen zur inhaltlichen Konzeption, zu denen Stadtjugendpfleger Sobansky nur knapp 15 Minuten benötigte, ließen bei den Jugendlichen eine ziemliche Ratlosigkeit zurück. Es bestand ein zu großer Informationsunterschied. Die Stadt hatte es versäumt, den Jugendlichen über ihre Vorstellungen Mitteilung zu machen - und zwar vor dem Hearing!

So konnte eine gewinnbringende Diskussion nur ansatzweise und bei den ohnehin organi-

sierten Jugendlichen aufkommen.

Einzig positiver Aspekt des Abends: die Stadtverwaltung ließ sich davon überzeugen, daß ein neuer Termin für ein Hearing - 16. März 1977 - unbedingt notwendig sei und daß sie eine hoffentlich informative Broschüre für Interessenten bereitzustellen hat.

Man kann nur hoffen, daß das nächste Hearing für beide Seiten be-

friedigender verlaufen wird. Dies allerdings liegt zum größten Teil an jedem Jugendlichen selbst.

Es ist vorauszusehen, daß aufgrund mangelnden Interesses auch die nächste Veranstaltung nicht den von beiden Seiten gewünschten Erfolg bringen wird.

Wendet Euch an die Jugendorganisationen, bildet Arbeitskreise. Ihr könnt Euch natürlich an die Redaktion

wenden.

Auf jedenfall: Kommt am 16. März 1977 in das Rathaus der Stadt Arnberg (Arnberg-Neheim-Hüsten) und nehmt Eure eigenen Interessen wahr!

Es ist noch etwas zu ändern!

*Euer
Wylly*

Würden Sie diesen Herrn in den Staatsdienst übernehmen?

Große Unternehmen machen schon seit langer Zeit Eignungstests vor Einstellungen. Wir wollen hier die Eignungsprüfung für einen etwas seltener ausgeschriebenen Posten vorstellen.

Die Aufgabe: Man stelle sich vor, man habe über die Aufnahme eines Herrn S. in den öffentlichen Dienst zu befinden. Die Eignung für den Posten kann Herr S. vorweisen, es ist nun zu entscheiden, ob der Radikalenerlaß des Bundes oder des betreffenden Landes gegen Herrn S. spricht. Um die Entscheidung zu erleichtern, hier nun die wesentlichen Ausschnitte aus dem "Beschluß der Regierungschefs des Bundes und der Länder vom

28. Januar 1972":

"...1. Nach den Beamtenengesetzen in Bund und Ländern darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt...
2. 1. 1. Ein Bewerber, der verfassungsfeindliche Aktivitäten entwickelt, wird nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt..."

Natürlich muß man auch etwas über unseren Kandidaten, Herrn S., wissen. Deshalb einige Aussagen, die dieser öffentlich von sich gab:

"Wer mich daran hindern würde, an die Macht zu

kommen, den würde ich umbringen..."

"Hierzu bemerke ich, daß Mitglieder der Gruppe, die sich gern außerparlamentarische

'Außerparlamentarische Opposition' nennt, Verhaltensweisen zeigen, die sonst nur für Geisteskranken bezeichnend sind... Ich habe... festgestellt, daß die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist, weil diese Gesetze auch bei Rechtsbrechern noch mit Reaktionen rechnen, die der menschlichen Kreatur eigentümlich sind..."

"Wenn wir an die Macht kommen, räumen wir so auf, daß bis zum Rest des Jahrhunderts keiner es mehr

wagt, in Deutschland das Kaul aufzumachen...".

Nun die erste Frage: Bietet Herr S. die Gewähr, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintritt, ja oder nein?

Nehmen wir nun an, Herr S. sei schon Beamter, z. B. Oberregierungsrat. Als dessen Vorgesetzter erfährt man nun von den genannten Äußerungen. Was tut man? Auch hier als Entscheidungshilfe ein Zitat aus dem Radikalenerlaß:

"...2. 2. Erfüllt ein Beamter durch Handlungen oder wegen seiner Mitgliedschaft in einer Organisation verfassungsförderlicher Zielsetzung die Anforderungen des § 35 Beamtenrechtsrahmengesetz nicht, aufgrund derer er verpflichtet ist, sich durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhalt einzutreten, so hat der Dienstherr aufgrund des jeweils ermittelten Sachverhalts die gebotenen Konsequenzen zu ziehen und insbesondere zu prüfen, ob die Entfernung aus dem Dienst anzustreben ist...".

Nun die zweite Frage: Zieht man die Konsequenzen, d. h. überprüft man, ob Herr S. aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen ist, ja oder nein?

Und hier nun die Auflösung: bei Frage 1 mußte die richtige

Antwort "nein" lauten (1 Punkt; bei falscher Antwort 0 Punkte). Bei Frage 2 war die richtige Antwort "ja" (1 Punkt; bei falscher Antwort 0 Punkte).

Weniger als zwei Punkte:

Noch nie etwas vom Ministerpräsidentenerlaß gehört, wie? Die Bestimmungen noch mal durchlesen!

Zwei Punkte:

Hervorragend! Sie haben bewiesen, daß Sie den Radikalenerlaß vorschriftsmäßig anwenden können. Gratulation!

Übrigens: So fiktiv ist unser Herr S. auch wieder nicht. Er war sogar schon Beamter! Und daß er heute keiner mehr ist, liegt nicht am Radikalenerlaß. Nein, nach seiner Landratszeit in Schongau/Bayern wurde er Mitglied des Bun-

destages. Und jetzt kommt's:

Herr S. ist Landesvorsitzender einer unserer großen Parteien (Zusatzinformation: Diese Partei gibt es bis jetzt nur in einem Bundesland).

Die Liste der Posten, die Herr S. innehatte, läßt sich beliebig verlängern: stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Mitglied in den Aufsichtsräten führender deutscher Großunternehmen, etc.

Heute, nach vielen Skandalen und Prozessen, betreibt er seine Wahl zum Ministerpräsidenten eines deutschen Bundeslandes. Sein Name? Na, das dürfte ja nun nicht mehr allzu schwer sein - natürlich:

Franz Josef Strauß!

Jürgen Klein

Die Lehrerarbeitslosigkeit ist von der Landesregierung geplant!

Im Schuljahr 1976/77 besteht an den Schulen im Lande Nordrhein-Westfalen der größte Lehrermangel seit 1945, gleichzeitig droht tausenden von Lehrern eine längere oder dauernde Arbeitslosigkeit. Die jüngsten Meldungen sind alarmierend. So beabsichtigen Finanz- und Kultusminister von NRW, für das Jahr 1977 in allen Bereichen der Lehrerausbildung und -einstellung die Pforten dicht zu machen.

Für die Examenkandidaten aus dem Herbst 1976 von PH's und Universitäten wurde der 1. 2. 1977 als Einstellungstermin in die Bezirksseminare für die Lehrämter an Grund- und Hauptschulen und Gymnasium gestrichen. Nach Äußerungen des Kultusministers soll der nächste Einstellungstermin - (er 1. 9. 1977) um zwei weitere hinausgezögert werden. Doch auch zum November 1977 kann die Einstellung nicht garantiert werden, weil dann mittlerweile die Kandidaten von zwei Prüfungsterminen vor der Tür stehen.

Einer ähnlichen Situation stehen die Lehramtsanwärter und Referendare gegenüber. Trotz hohen Unterrichtsausfalls und überfüllter Klassen

sollen die Referendare aller Schulformen, die zum 1. 2. 1977 ihre zweite Ausbildungsphase beenden, nur noch in dringend benötigten Fächerkombinationen eingestellt werden. Der Rest muß dann bis

der Schüler mit Verhaltens- und Leistungsstörungen kennt unser Schulwesen immer noch nur als Ausnahme. Für die sinnvolle Beschulung der rund 350.000 ausländischen Kinder und Jugendlichen gibt es weder ein geschlossenes Konzept noch eine auch nur annähernd befriedigende Praxis. Die Eltern zehnjähriger Mädchen und Jungen werden nach wie vor zu einer Entscheidung über das Lebensschicksal ihrer Kinder mit der Wahl der Hauptschule, der Realschule oder des Gymnasiums gezwungen. Immer noch wird die gymnasiale Bachschule als der Gipfel der Schullandschaft konserviert und sorgfältig vor berufspraktischer Ausbildung und Lebenswirklichkeit abgeschirmt.

Der Mangel an qualifizierten Ausbildungsplätzen vom Maschinenbauer bis zum Zahnarzt führt zu einem Schulklima, in dem verbissener Wettkampf, Aggressivität und Resignation nebeneinander bis hinein in das Leben der Familien laufend Unwetter hervorrufen. Die längst überfällige durchgreifende Reform der Lehrpläne (Rahmenrichtlinien) steht



erziehung und wissenschaft 10/76

zum 1. 9. 1977 oder noch länger warten.

Die Unsinnigkeit dieser Maßnahmen ist offensichtlich. Es fehlen nach wie vor kleine Klassen, in denen Schüler individuell gefördert werden können. Pädagogische und psychologische Hilfen für die wachsende Zahl

Witz und Satire aus dem Stern



Explosionen in Kernkraftwerken sind nicht mehr so unbeliebt...



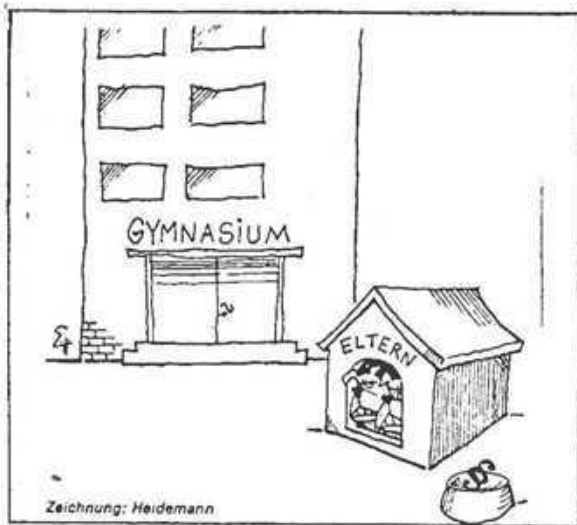
...seit man weiß, daß im Katastrophenfall...



... auf einer Fläche von 400 Quadratkilometern...



sämtliche Gartenschädlinge vernichtet werden.



Zeichnung: Heidemann

noch aus. Selbst dort, wo sie begonnen wurde, entartet sie wegen des rücksichtslosen parteipolitischen Mißbrauchs des Problems als Wahlkampfmunition zur bloßen Kosmetik.

Überall im Lande empören sich Eltern und Schüler, weil der Unterricht ausfällt, Klassen zu groß sind, ganze Unterrichtsfächer wegfallen. Obwohl die Schülerzahlen steigen, verwenden verantwortliche Politiker und eine rückgratlose Bürokratie den Rückgang der Geburtenzahlen zur Begründung für die Arbeitslosigkeit von Lehrern. Für die arbeitslosen Lehrer gibt es außer der Sozialhilfe keine soziale Absicherung, kein Angebot zur ergänzenden Ausbildung für offene Arbeitsplätze. Die Bundesländer, im Unvermögen, über den eigenen bildungspolitischen

Kirchturm hinauszuschauen, denken nicht an Koordinierung und gemeinsame politische Verantwortung.

Liberaler Hochschulverband (LHV) und Jungdemokraten halten



diesen Zustand für unerträglich. Aktuell müssen nach ihrer Ansicht folgende Forderungen durchgesetzt werden, um auch nur ein Mindestmaß von liberalen Positionen in der Bildungspolitik

durchzusetzen:

- ein Angebot an alle Schüler der Haupt- und Sonderschulen, freiwillig ein 10. Schuljahr zu besuchen;
- ein Umlageverfahren der Unternehmer zur Finanzierung einer ausreichenden Zahl qualifizierter Ausbildungsplätze für Schulabgänger;
- eine Erhöhung der Zahl an Ausbildungsplätzen für Schulabgänger in Berufsschulen, besonders dort, wo aus Gründen der regionalen Wirtschaftsstruktur das Angebot der Betriebe unzureichend ist;
- eine Heraufsetzung des Berufsschulunterrichts auf 12 Wochenstunden;

- eine Forcierung des Ausbaus von Gesamtschulen, Ganztagschulen und Oberstufen, in denen Gymnasien und berufliche Schulen zusammengefaßt werden;



Im Gymnasium Hamburg-Meiendorf: Peter Koch (Personalabteilung) und Rolf Kleinesper (Betriebsrat) von der Deutschen Shell AG diskutieren mit einem Leistungskurs der gymnasialen Oberstufe.

Was hat Shell in der Schule zu suchen?

Tatsächlich gibt es vieles, was uns in die Schule führt. Etwa der Wunsch der Schüler nach Antworten, die sich am besten aus der betrieblichen Praxis ergeben:

Wie „man“ Preise macht, welche Berufe bei uns eine Chance haben, wie die Mitbestimmung funktioniert, was ein Multi mit seinen Gewinnen anstellt, warum es überhaupt Multis geben muß oder was alles über Energie zu sagen ist. (Darüber haben wir sogar ein Unterrichtsmodell für

Lehrer verfaßt). Wir laden auch Oberstufen zu Projektwochen ein, erläutern ihnen unsere Investitionsüberlegungen und arbeiten mit ihnen am Computer.

Einen Haken hat die Sache: Es gibt in der Bundesrepublik 12 Millionen Schüler, 450.000 Lehrer, aber weniger als 5.000 Shell-Leute. Wir können also nicht überall sein...

Aber Unternehmen, die etwas zu sagen haben, gibt es ja überall!



ALKOHOL

wie
stehst Du dazu?

Schmeckt er Dir? Oder trinkst Du ihn, obwohl Du ihn eigentlich gar nicht magst. Bloß weil es alle tun. Überleg doch mal, warum Du eigentlich Alkohol trinkst.

Kritisch wird es, wenn Du

- Deine Stimmung ab und zu mit Hilfe von Alkohol zu heben versuchst
- nach dem ersten Glas das Gefühl hast, unbedingt weitertrinken zu müssen
- immer mehr trinkst, als Du eigentlich vertragen kannst
- nur schwer eine Woche lang auf Alkohol verzichten kannst
- von anderen, z. B. von Familienangehörigen oder Freunden, schon oft den Rat erhalten hast, weniger zu trinken.

Der richtige Umgang mit Alkohol will gelernt sein.

Hier ein paar Regeln dafür:

- Ermittle Dein persönliches „ Fassungsvermögen“ – trinke nie mehr, als Du vertragen kannst. Anders ausgedrückt: Höre früh genug auf zu trinken.
- Trinke niemals, wenn Du Schwierigkeiten hast, weil Du dann besonders leicht abhängig werden kannst
- Mach es nicht wie die, die aus Langeweile trinken. Das läßt vermuten: Du hast keine Phantasie.
- Wenn ein Freund sinnlos säuft: denke darüber nach, wie Du ihm helfen kannst.

Wer mehr über Alkohol wissen will: Es gibt ein neues Informationsheft „Alkohol – einmal anders gesehen“.

Kostenlos anzufordern bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
Postfach
5000 Köln 100

...trink
mit Verstand!



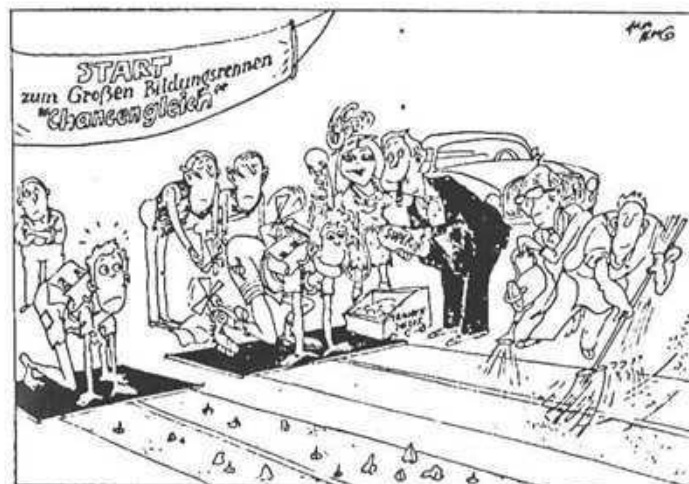
Eine Aktion der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln, im Auftrag des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Bonn

- eine Beschleunigung der Neuordnung der Ausbildungsgänge durch eine inhaltliche Reform der Studiengänge an den Hochschulen;
- eine Erhöhung der Aufnahmekapazität an den Hochschulen und eine Änderung des jetzigen Zulassungs-

Unterrichts von mehr als 30% und dem Bestehen eines Lehrermangels bei Erfüllung auch nur der minimalsten, unabdingbar notwendigen Aufträge der Schulen schlagen LHV und Jungdemokraten ein Sofortprogramm zur Abschaffung der Lehrerarbeitslosigkeit vor.

Dieses Sofortprogramm muß beinhalten:

Erstens: Eine Unterbringung aller Lehrantsbewerber in Ausbildungsplätzen bzw. Arbeitsplätzen; Zweitens: eine länderübergreifende, regional gegliederte jährlich fortzuschreibende Erfassung des Bedarfs und des Angebots an Lehrern nach Fächern und Schulstufen; Drittens: eine Einrichtung von Zusatzausbildungen für Lehrer, die die Schularbeit oder das Unterrichtsfach wechseln wollen (z. B. Grundschule/Berufsschule - Deutsch/Musik); Viertens: Maßnahmen, die durch Veränderung der Arbeitsbedingungen die Möglichkeit der Beschäftigung von Lehrern erhöhen (z. B. Arbeitszeit, Teilzeitbeschäftigung, Altersgrenze);



Zeichnung: Ploog

verfahrens durch Ersetzung des NC durch das 'proportionale Verteilungsverfahren';

- ein Ausnutzen des verfügbaren Lehrangebots zur Verbesserung der Lernbedingungen an allen Schulen.

Diese konkreten Aufgaben müssen vorrangig erfüllt werden. Angesichts der Tatsache, daß in der Bundesrepublik bereits jetzt tausende von Lehrern arbeitslos sind, zehntausenden Arbeitslosigkeit droht bei gleichzeitig übergroßen Klassen, Ausfällen des



betrifft:erziehung

Pünktens; eine angemessene soziale Absicherung der jungen Lehrer, die arbeitslos werden, einschließlich der Möglichkeit, eine andere Berufsausbildung zu absolvieren; Sechstens: eine langfristige Abtötung



des Ausbildungsangebots an den Hochschulen mit dem Lehrerberuf in den 80er und 90er Jahren.

Gelingt es nicht, dieses Sofortprogramm durchzusetzen, bedeutet es die endgültige politische Bankrotterklärung der sozial-liberalen Koalition - von CDU/CSU ganz zu schweigen - wenn also trotz steigender Schülerzahlen, überfüllter Klassen und ausfallendem Unterricht die Lehrerbearbeitungslosigkeit nicht verhindert, die Jugendarbeitslosigkeit nicht abgeschafft und der Numerus clausus - bei zehntausenden abgewiesener Studenten - nicht beseitigt wird. "Solange eine Regierung den Bezugsrahmen des kapitalistischen Systems anerkennt, solange ist sie gezwungen, eine Politik gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit zu verfolgen" (Duisburger Manifest der DJD).

Fundsache

Wer als Stift, Putzfrau o. ä. bei uns mitmischen will, sei der Tip gegeben, wir sind zwar ein junges, aber kein dynamisches Team. Von Mitbestimmung halten wir wenig. Solltet Ihr Euch dennoch nicht abhalten lassen, so kommt doch freitags abends zum Schülertreff der Schüler Union. Dort könnt Ihr uns, und wir können Euch kennenlernen.

Aus „Im Sucher“, Schülerzeitung der Schüler Union Mönchen-Gladbach 12/76

Biermann?

Aus dem „Neuen Deutschland“

Weshalb wurde diese Maßnahme notwendig? Am 13. November trat er in einer Massenveranstaltung in der Kölner Sporthalle auf, die vom Fernsehen und Rundfunk der BRD verbreitet wurde. Er hat den Abend ganz allein bestritten und ein Programm gestaltet, das sich ganz bewußt und gezielt gegen die DDR und gegen den Sozialismus richtete. Was er dort, noch als DDR-Bürger und in einem kapitalistischen Land, an Haß, an Verleumdungen und Beleidigungen gegen unseren sozialistischen Staat und seine Bürger losgelassen hat, macht das Maß voll. Schon jahrelang hat er unter dem Beifall unserer Feinde sein Gift gegen die DDR verspritzt. Dabei wurde er von den gehässigsten Gegnern der DDR noch angestachelnt und hochgehuldet. Unser sozialistischer Staat hat mit diesem Treiben viel Geduld gehabt, eher zügel als zuwenig. Die Srena, die sich in Köln abgespielt hat, verlangte eine angemessene Antwort.

Was er dort sang, rezitierte und zusammenredete, das waren massive Angriffe gegen unseren sozialistischen Staat, gegen unsere sozialistische Gesellschaftsordnung. Es enthielt die Aufforderung, diese Ordnung in der DDR zu beseitigen. Er beleidigte aufs gröbste die Bürger der DDR, von den Arbeitern in den Betrieben bis zur Führung der Partei und des Staates. Er verstieg sich dort zu der Erklärung: „Ich bin zu jeder Schandtat bereit.“ Sein Auftritt hat das in der Tat bestätigt.

Nachrichten

Jürgen Girgensohn,

(SPD), Kultusminister in Nordrhein-Westfalen, sieht zur Zeit „nicht viele Chancen“ für eine schnelle Einführung der Gesamtschule als Regelschule in NRW. Girgensohn betonte, daß die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und FDP lediglich die Fortsetzung der bisher 30 Gesamtschulversuche bis 1980 vorsieht.

Aus „Betrifft: Erziehung“ 12/76

Studierende

Im Wintersemester 1975/76 gab es 840 800 Studierende an deutschen Hochschulen. Davon studierten 66,3 Prozent an Universitäten, 9,4 Prozent an Pädagogischen Hochschulen, 5,2 Prozent an Gesamthochschulen, 17,3 Prozent an Fachhochschulen, 1,8 Prozent an Kunsthochschulen. Damit hält der starke Zustrom von Studienbewerbern zu den deutschen Hochschulen unvermindert an. Im Wintersemester 1960/61 waren es erst 291 300 Studenten, 1970/71 stieg diese Zahl auf mehr als 510 000 Studierende und hat jetzt diese hohe Zahl im Wintersemester 1975/76 erreicht.

Aus „Betrifft: Erziehung“

271 Gymnasien arbeiten zusammen

271 der 638 Gymnasien in Nordrhein-Westfalen arbeiten zusammen, um auf diese Weise das Unterrichtsangebot im Rahmen der reformierten Oberstufe zu vergrößern. Die Zusammenarbeit bezieht sich darauf, daß Grund- oder Leistungskurse eingerichtet und den Schülern mehrere Schulen angeboten werden. Im Schuljahr 74/75 hatten erst 118 Gymnasien zusammengearbeitet.

In den meisten Fällen arbeiten 2 Gymnasien zusammen. Auf Grund der Entleerung der Schulen ist die Zusammenarbeit von 3 oder mehr Gymnasien relativ selten. In den Städten Essen, Recklinghausen und Bochum kooperieren jeweils 4 Schulen. In den Städten Bielefeld, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Hamm, Krefeld und Münster werden für insgesamt 55 Gymnasien zentrale Unterrichtsveranstaltungen in einzelnen Fächern (z. B. Spanisch, Russisch, Hebräisch, Italienisch, Griechisch) angeboten.

248 Schulen arbeiten in Grundkursen, 204 Schulen auch in Leistungskursen zusammen. Die häufigste Kooperation in Grundkursen findet in den Fächern Musik, Französisch, Latein und Physik statt, in Leistungskursen stehen die Fächer Deutsch, Französisch und Physik an der Spitze.

Aus „Neue Deutsche Schule“ 12/76

Morgen vielleicht ich

du sitzt im Knast. diebstahl. ich bin draußen. weil ich noch einen arbeitsplatz gekriegt habe. du bist drinnen. hättest du die stelle bei k. & sohn bekommen-du, du jedenfalls süßest dann nicht dort. doch das gleiche system das dir das recht auf arbeit verweigert werf dich auf die anklagebank und brachte dich hinter gitterpersers.

Michael Hillen

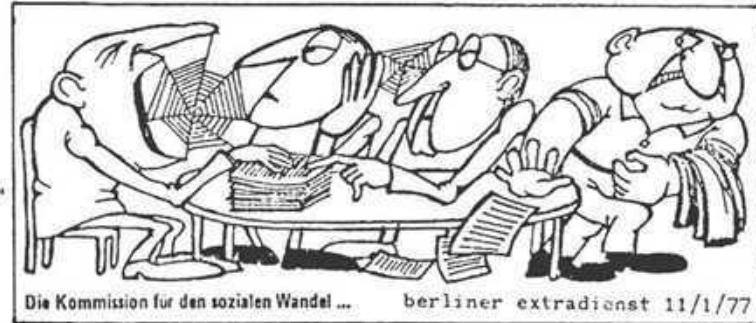
Aus „Deutsche Volkszeitung“

2465 Schulen mit 5-Tage-Woche

2465 Schulen haben in Nordrhein-Westfalen im Schuljahr 76/77 die 5-Tage-Woche eingeführt. Davon sind 1448 Grundschulen (= 40,3 vH aller Schulen), 563 Hauptschulen (= 41,1 vH), 340 Sonderschulen (= 17,9 vH), 7 Gymnasien (1,1 vH) und 15 Gesamtschulen (= 60,0 vH). Im Schuljahr 75/76 hatten 1800 Schulen die 5-Tage-Woche eingeführt.

Eine Reihe von Schulen hat sich darüber hinaus für einen oder zwei unterrichtsfreie Samstage im Monat entschieden, so daß gegenwärtig 5216 Schulen die 5-Tage-Woche in irgendeiner Form eingeführt haben. Anträge zur Einführung der 5-Tage-Woche müssen entsprechend den Terminen und den genauen Verfahrensweisen des Erlases zur 5-Tage-Woche gestellt werden.

Aus „Neue Deutsche Schule“



Die Kommission für den sozialen Wandel ... berliner extradienst 11/1/77

Zitat

Betrifft: Ihre Anhörung

Sehr geehrter Herr ...!

Mir wurde mitgeteilt, daß Sie bei einer Kundgebung der Christlich-Demokratischen Union am 16. 6. 1976 den Redner Professor Kurt Biedenkopf durch anhaltendes lautes Pfeifen am Reden zu hindern versucht haben sollen.

Bevor ich die entsprechende Mitteilung zu Ihrer Personalakte nehme, beabsichtige ich, Sie zu dem Vorfall zu hören, und lade Sie zu diesem Zweck ... auf mein Dienstzimmer ...

Aus einem Schreiben des Regierungspräsidenten Düsseldorf an einen Oberstudienrat in Essen.

Aus „Erziehung und Wissenschaft“

Zahlen

Bildungsausgaben

Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung hat den Regierungschefs von Bund und Ländern eine bildungspolitische Bestandsaufnahme zugeleitet. Daraus geht hervor, daß die öffentlichen Ausgaben (Nettoausgaben) für das Bildungswesen in den Jahren von 1970-1975 von 27,6 Milliarden auf 56,2 Milliarden angestiegen sind. Dies entspricht einer jährlichen durchschnittlichen Zuwachsrate von 15,3 Prozent, die wesentlich höher ist als die durchschnittlichen Steigerungen des öffentlichen Gesamthaushalts mit 13 Prozent und die des Brutto-Sozialprodukts mit 8,8 Prozent. Damit hat

sich der Anteil der Bildungsausgaben am Brutto-Sozialprodukt in diesem Zeitraum von 4,0 auf 5,4 Prozent erhöht. Die Aufgliederung nach einzelnen Ausgabearten zeigt, daß die Personalausgaben überproportional angestiegen sind. Dies gilt vor allem für den Hochschulbereich. Insgesamt bilden die Personalausgaben inzwischen einen Anteil von 55 Prozent an den Gesamtbildungsausgaben.

Weitere Zahlen: Im Jahre 1970 gab es 11,0 Millionen Schüler, die Einrichtungen des Schulbereichs besuchten. 1975 waren es hingegen 12,4 Millionen Schüler. 1970 gab es für diese Schülerzahl 391 100 Lehrer, 1975 waren es 506 500. Dies entspricht einer durchschnittlichen Zunahme der Schülerzahlen von 2,4 Prozent und der Lehrerzahlen von 5,3 Prozent.

Aus „Erziehung und Wissenschaft“

LISA—
CONTACT—
ADRESSE:

JÜRGEN KLEIN

5760 ARNSBERG 1

Wer sich für die LiSA interessiert, schneide den untenstehenden Coupon aus, kreuze das Gewünschte an, klebe ihn auf eine ausreichend frankierte Postkarte und schicke ihn an die obige Adresse!



Coupon:

Ich möchte mitarbeiten
Schickt mir Informationsmaterial
Laßt mich in Ruhe!

Meine Anschrift:
(Name, Vorname)

.....
(Straße, Hausnummer, PLZ, Wohnort)